Christoph Henning

„All Men are created Equal“: Warum Gleichheit mehr ist als ein Sandkastenspiel

Ein sozialphilosophischer Kommentar zu Ulrike Davy

Ulrike Davy hat einen Text vorgelegt, in dem sie die Frage der Legitimität einer intendierten Verschlechterung der sozialen Lage eines Großteils der bundesdeutschen Bevölkerung aus rechtlicher Sicht betrachtet. Dabei stehen Grundgesetz und EU-Recht im Vordergrund, Fragen der internationalen Gerechtigkeit sind erst im abschließenden Kapitel 5 von Belang und berühren eine neue Diskussionslage. Ihr Urteil zu den neugeschaffenen Verhältnissen ist ernüchternd, für manche vielleicht provozierend: Glaubt man Davy, gibt es kaum eine Handhabe, ihnen aus rechtlicher Sicht entgegenzutreten.¹ Nun kann eine sozialphilosophische Kommentierung einer so fein argumentierenden Rechtsauslegung nicht auf *juristischem* Gebiet begegnen – dazu bräuchte es Juristen. Doch Davy selbst bewegt sich nicht nur auf juristischem Gebiet, sondern greift in ihrer Argumentation bewusst in die extra-normative Wirklichkeit aus: So sind die Entstehung und der Erfolg der Partei „Die Linke“ für sie ein wichtiger Aufhänger (ihre Untersuchung werde dadurch „politisch brisant“) – und das ist, lässt man die Mär von der Verfassungsfeindlichkeit der Linken beiseite, eine juristisch belanglose Tatsache. Zudem beruft sie sich zur Abstützung ihrer Thesen wiederholt auf die „Nachbarwissenschaften“ Philosophie und Soziologie. Zumindest auf diesem Gebiet kann ihr eine sozialphilosophische Relektüre im Sinne der Gleichheit also entgegenreten. Das wird hier in der gebotenen Kürze versucht.

Zunächst möchte ich erläutern, was ich mit „intendierter Verschlechterung“ meine, denn darin steckt vielleicht bereits der Unterschied zwischen der juristischen und der sozialphilosophischen Herangehensweise an die Frage, ob die Ausweitung sozialer Ungleichheit legitim ist. Vom Recht aus betrachtet kommen zunächst seine eigene Veränderung („Agenda 2010“), sodann die Veränderungen in der sozialen Wirklichkeit in den Blick, die als Folgen dieser Rechtsänderung interpretiert werden können. Die Frage aus rechtlicher Sicht kann dann nur sein, ob es etwas *im Recht* gibt, das diesen realen Veränderungen entgegensteht. Schon *prima facie* wird deutlich, dass dies eher unwahrscheinlich ist, wurde doch das Recht gerade geändert. Im Vorder-

1 Dies gilt zumindest für die Bereiche Gesundheit, Alters- und Grundsicherung (Davy, Kapitel 3). Einzig die Freizügigkeit innerhalb der EU scheint Chancen auf eine Besserung der sozialen Lage mit sich zu bringen – nämlich für Migranten aus EU-Ländern innerhalb Deutschlands. Bei näherem Hinsehen handelt es sich hier weniger um ein Recht auf soziale Gleichstellung als um einen empirischen Effekt (Davy, Kapitel 4.3).

grund steht daher eher eine Konsistenzprüfung, ob es *andere* Rechtssätze gibt, aus deren Sicht diese realen Veränderungen als problematisch erscheinen.²

Davy verneint dies und bezieht sich dabei auf jüngere Urteile des Bundessozialgerichts (BSG). Aus sozialphilosophischer Sicht hingegen ist zunächst zu fragen, womit wir es praktisch zu tun haben: Was für eine Handlung ist dies? Es handelt sich um eine Reaktion zweiter Ordnung. Unterscheiden wir drei Ebenen: Es gibt Geschehnisse in der sozialen Welt (1), die im weitesten Sinne *problematisch* sind und einen Regelungsbedarf erzeugen. Die Sozialgesetzgebung ist eine Reaktion darauf (2), wenn auch längst nicht die einzige. Veränderungen an den Sozialgesetzen sind daher als eine Reaktion auf die Reaktion zu bewerten (3). Eine solche kann die Reaktion erster Stufe entweder ausweiten, zurücknehmen oder aber qualitativ verändern. Soweit es um Gleichheit geht, ist die Reaktion zweiter Stufe hier eine klare *Zurücknahme*, denn es gibt im Ergebnis – wie Davy zugesteht – mehr Ungleichheit als vor der Reaktion erster Stufe.³ Ich nenne dies intendierte Verschlechterung, weil die vermehrte Ungleichheit die Betroffenen gegenüber der vormaligen Regelung schlechter stellt und sie *qua* Ergebnis bewussten politischen Handelns eben intendiert ist. Dabei ist der Clou an intendierten Verschlechterungen, dass sie – wie die Glücksforschung betont – als „Raub“ erlebt werden. Selbst dann also, wenn es kein Recht auf Umverteilung geben sollte, ist das noch keine Berechtigung zu ihrer Zurücknahme; denn eine Zurücknahme bereits *praktizierter* Umverteilungen wirkt wie eine Schädigung und fällt damit unter das „harm principle“.

Nun ist das Gesagte bislang rein formal. Eine inhaltliche Füllung muss sich auf die Sozialwissenschaften stützen, wie Davy dies – wenn auch nur schemenhaft – unternimmt (2. Kapitel). Doch hier beginnt das Dilemma, an dem übrigens auch der „law and economics“-Ansatz krankt: Es gibt nicht nur *eine* sozialwissenschaftliche Sicht. Die Diskurse aus Philosophie und Soziologie, die Davy für ihre Sache herausgreift, sind – wie ich hier nur andeuten kann – schon inhaltlich teilweise fragwürdig. Doch mein Haupteinwand ist ein anderer: Jenseits der inhaltlichen Detailkritik sind sie der gestellten Frage *unangemessen*. Denn erstens wird die auf den drei Ebenen angesprochene sozialhistorische Dimension in der verteilungstheoretischen Debatte zwischen Rawls, Dworkin und Nozick gar nicht behandelt. Und zweitens taugt die Heranziehung einer bewusst werturteilsfreien Ungleichheitssoziologie („Die Ungleichheitsforschung will Ungleichheit in erster Linie beschreiben“, sagt Davy zu Recht) keineswegs als Beleg dafür, dass Ungleichheit aus soziologischer Sicht unproblematisch

2 Z.B. Art. 1 Abs. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, Art. 3 Abs. 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“, Art. 6 Abs. 4: „Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft“ oder Art. 71 Abs. 2: „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“.

3 Insofern sie die Reaktion erster Stufe zurücknimmt, könnte man sie rein terminologisch „reaktionär“ nennen (vgl. Hirschman 1995), was natürlich polemisch ist und inhaltlich nicht allzu viel sagt. Für Lessenich (2008) muss eine Zurücknahme nicht automatisch „Entsozialisierung“ heißen, sondern kann auch eine neue Form der Sozialität anzielen – das wäre eher eine Veränderung. Da in diesem Fall eine Verringerung sozialer Ungleichheit das Ziel der Reaktion erster Stufe war und ihre Ausweitung das Ergebnis der Reaktion zweiter Stufe ist, meine ich in diesem Fall dennoch von „Zurücknahme“ reden zu können.

wäre und es keinen politischen Handlungsbedarf gäbe (erste These: „Soziale Gleichheit als solche ist keine Verfassungsaufgabe“). Das ist ein klassischer naturalistischer Fehlschluss: Aus empirischen Aussagen über ein Sein kann kein (Nicht-)Sollen abgeleitet werden. Weder philosophisch noch soziologisch also überzeugen diese Schlüsse.

Um die Legitimität der Ungleichheitsverschärfung normativ zu bewerten, ist aus sozialphilosophischer Sicht zunächst die *erste* Ebene zu betrachten: Welches Gebiet ist es denn, das die Probleme schafft, auf das die alte Sozialgesetzgebung eine Antwort war? Die Antwort der Gesellschaftstheorie ist eindeutig: Es sind vor allem die sozialen Verwerfungen der kapitalistischen Industriegesellschaft (vgl. *pars pro toto* Sachße/Tennstedt 1988). Durch sie wurden im 19. Jahrhundert viele Menschen entwurzelt, sie verarmten und lebten ein erbärmliches Leben; sie begannen aber auch, sich in der Arbeiterbewegung zu organisieren und dagegen aufzubegehren. Damit haben sich die Koordinaten „des Politischen“ bedeutend verschoben (Rancière 2002). Ruft man die Alternativen zur sozialstaatlichen Reaktion in Erinnerung, wird deutlich, was auf dem Spiel stand: Statt die Arbeiterbewegung „negativ“ zu integrieren (und damit politisch zu enthaupten, Roth 1963), konnte man auch versuchen, sie gewaltsam von oben zu zerschlagen, oder sie als Ventil zur Einrichtung einer parteidominierten Zentralverwaltungswirtschaft zweckentfremden. So gelesen enthält die Hermeneutik des Sozialstaats die ganze Dramatik des 20. Jahrhunderts.

Das ist nun auch für das Verfassungsrecht relevant, war doch der westliche Sozialstaat die einzig *demokratische* – zumindest demokratisierbare – Variante innerhalb des Spielraums möglicher Reaktionen auf Industrialisierung und Arbeiterbewegung. Sozialstaatlichkeit kann für eine gehaltvolle politische Philosophie daher kein bloßer Zusatz zur Demokratie sein, den man erlauben kann oder auch nicht, und über dessen Legitimität sich in Gedankenspielen befinden ließe. Nun ist aber der sog. „Egalitarismus“ in der angelsächsischen Philosophie, auf den Davy verweist, weitgehend ein Gedankenspiel: Überlegt wird hier, welche Grundprinzipien Bürger unter dem „Schleier des Nichtwissens“ (Rawls), im „Naturzustand“ (Nozick) oder auf einer imaginierten Insel (Dworkin) wählen würden. Dabei soll das verstörend Fiktive die Gehaltlosigkeit des Normativen philosophisch handhabbar machen. Das hat allerdings den Nachteil, dass nicht mehr über wirkliche, sondern über ausgedachte Probleme verhandelt wird. Die „Wirklichkeit“, die über die Imaginationskraft der Philosophen wieder hereinkommt, ist eine arg verkürzte: Als Ursachen für mögliche Ungleichheiten kommen nur das Schicksal (*luck*) und das eigene Verdienst (*desert*) in Frage, zwischen denen die Diskussion dann hin- und herpendelt. Die tatsächliche Problematik erster Ebene, die Verwerfungen der Industriegesellschaft und die intrinsisch ungleichheitsproduzierende Dynamik des Marktes, werden damit ausgeblendet.⁴

4 Bei Rawls und Nachfolgern sollen Ungleichheiten nur „ausgeglichen“ werden, wenn sie „unverdient“ sind – Marktergebnisse gelten eo ipso als verdient. Nun sind schlechtere Startchancen (etwa durch Herkunft) nicht automatisch „verdient“. Doch der Vorrang des 1. Grundsatzes der gleichen Freiheiten verunmöglicht weitergehende Umverteilungen. So tritt das „Differenzprinzip“ als symbolischer Kompromiss an die Stelle tatsächlicher Umverteilungen. Im Grunde ist Rawls also kein Egalitarist (Cohen 2008): Noch die größte Ungleichheit ist mit dem Differenzprinzip vereinbar, solange auch die Schlechtestgestellten irgendwie von der Ungleichheit profitieren.

Für Extremfälle gesellt sich die „absolute“ Not hinzu (*need*), allerdings jenseits jeder sozialen („relativen“) Verortung. Heraus kommt dann ein „prioritarianism“, zu dem sich auch einige Egalitaristen schließlich bekannten.⁵ Die Wahrheit dieses Egalitarismus ist also die gerechtfertigte *Ungleichheit* – und sei sie noch so skandalös hoch.

Daher ist dieser Egalitarismus kein angemessener Vertreter des Gleichheitsgedankens in der politischen Philosophie.⁶ Es fehlt schlicht die Politik: Gleichheit wird auf eine Frage der Verteilung von Gütern reduziert, als gehe es wie zwischen fertig sozialisierten Kindern im Sandkasten nur um die Frage, wer das Recht auf den größten Anteil eines Sandkuchens habe. Das Ganze sieht dann aus wie ein Spiel (daher die Metapher „levelling the playing field“, Mason 2006), und es entbehrt nicht der Ironie, wenn sich die „Spieltheorie“ dieser Thematik nun mit einigem Erfolg angenommen hat (Fehr/Schmidt 1999). Kurzum, Davy macht es sich mit diesem Gegner zu leicht. Bereits Anderson (1999) hat darauf hingewiesen, dass der Gleichheitsgedanke verfehlt wird, wenn er nicht – wie im Republikanismus von Aristoteles bis Rousseau die Regel – die *Demokratie* zu ihrem Zentrum hat. Politische Gleichheit ist der normative Kern der Demokratie und insofern durchaus eine Verfassungsaufgabe, zumindest für Demokratien. Dazu kann auch der Abbau ökonomischer Hindernisse der politischen Partizipation gehören. Dieser Gedanke wurde inzwischen wieder aufgegriffen.⁷ Daran, nicht an Rawls, sollte eine Gleichheitskritik sich abarbeiten.

Auch die von Davy ins Feld geführte Soziologie lässt sich in dieser Hinsicht historisch öffnen: Sieht man in ihr die Wissenschaft, die die Gesellschaft als Gegenstand *sui generis* begreift und sich angesichts der Fragmentierung in Klassen über ihren Zusammenhalt und ihre Dynamik Gedanken macht (Gründerväter sind dann Autoren wie Adam Ferguson, Adam Smith, Rousseau und Condorcet, nicht erst die Generation von Durkheim), dann steht die Idee politischer Gleichheit geradezu in ihrem Zentrum. Sie ist insofern ein Komplement der politischen Philosophie, als sie funktional erklären kann, warum die politische *Begrenzung* der sozialen Ungleichheit eine Bedingung für das Fungieren demokratischer Mechanismen ist: Eine ausufernde soziale Ungleichheit unterminiert den Geist der Solidarität, das Gefühl der Zugehörigkeit und das Vertrauen der Bürger ineinander sowie in die politischen Mechanismen, es macht die Reichen übermütig, die Armen unterwürfig und zerstört die tragende Mittelklasse (Frank 2007; Wilkinson/Pickett 2009).

Soziologie ist keine Disziplin, die den jeweiligen Zustand der Gesellschaft lediglich statistisch registriert (diesen Rang macht ihr ohnehin die Volkswirtschaft streitig). Sie ist vielmehr ein Aufklärungsinstrument der politischen Willensbildung: Begreifen wir Verfassungen als Ergebnis eines politischen Wollens, so liefert die Soziologie wichtige Information darüber, wie man von gewollten Idealen (wie etwa der politi-

5 Dies entspricht den „denkbar untersten“ Grenzen, die auch Davy anspricht (Kapitel 3.2; vgl. Krebs 2000).

6 Vgl. Koller 2008 sowie die trotz Polemik in vielem treffende Kritik von Kekes 2003.

7 Siehe etwa Christiano 2008, ähnlich Dahl 2006 und Thompson 2007. Übrigens lässt sich der Gedanke einer „Staatsbürgerqualifizierungspolitik“ (Ulrich K. Preuss) nicht auf Menschen beschränken, von denen (noch) eine aktive politische Teilnahme zu erwarten ist. Auch Staatsbürger sind einmal krank und werden alt.

schen Gleichheit) zur Wirklichkeit kommt – und wie nicht. Erweist es sich, dass politische Maßnahmen den Idealen zuwiderwirken, so ist es wünschenswerter, solche Maßnahmen zurückzunehmen, als die Ideale an einer wie auch immer zustande gekommenen Rechtswirklichkeit zurechtzustutzen. Das Gute an demokratischen Gesetzen ist ja, dass sie rückholbar sind – und nicht zuletzt dafür ist politische Gleichheit vonnöten. Ein Grund mehr, sie nicht weiter erodieren zu lassen.

Literaturverzeichnis

- Anderson, Elizabeth (1999): „What is the Point of Equality?“, *Ethics* 109: 287-337.
- Christiano, Thomas (2008): *The Constitution of Equality. Democratic Authority and its Limits*. Oxford: Oxford University Press.
- Cohen, G.A. (2008): *Rescuing Justice and Equality*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Dahl, Robert A. (2006): *On Political Equality*. New Haven: Yale University Press.
- Fehr, Ernst; Schmidt, Klaus M. (1999): „A Theory of Fairness, Competition, and Cooperation“, *The Quarterly Journal of Economics* 114: 817-868.
- Frank, Robert H. (2007): *Falling Behind. How Rising Inequality Harms the Middle Class*. Berkeley: University of California Press.
- Hirschman, Albert O. (1995): *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Kekes, John (2003): *The Illusions of Egalitarianism*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Koller, Peter (2008): „Gleichheit“, in: Stefan Gosepath; Wilfried Hinsch; Beate Rössler (Hg.): *Handbuch der politischen und Sozialphilosophie*. Band 1. Berlin: De Gruyter, 438-445.
- Krebs, Angelika (Hg.) (2000): *Gleichheit oder Gerechtigkeit? Texte der neuen Egalitarismuskritik*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: Transcript.
- Mason, Andrew (2006): *Levelling the Playing Field. The Idea of Equal Opportunity and its Place in Egalitarian Thought*. Oxford: Oxford University Press.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Roth, Guenther (1963): *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*. Totowa: Bedminster.
- Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian (Hg.) (1988): *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Thompson, Michael J. (2007): *The Politics of Inequality. A Political History of the Idea of Economic Inequality in America*. New York: Columbia University Press.
- Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): *The Spirit Level. Why more equal societies always almost do better*. London: Allan Lane/Penguin.

Kontakt

Dr. Christoph Henning
Universität St. Gallen
Kulturwissenschaftliche Abteilung, Fachbereich für Philosophie
Gatterstraße 1
9010 St. Gallen
Schweiz
E-Mail: christoph.henning@unisg.ch

Christoph Henning, geb. 1973, Philosoph und Soziologe, promovierte 2003 in Dresden über die Wirkungsgeschichte von Karl Marx durch die verschiedenen Disziplinen, war Mitarbeiter an der Zeppelin University in Friedrichshafen und habilitiert derzeit an der Universität St. Gallen über die politische Philosophie des Perfektionismus, gefördert vom Schweizer Nationalfonds.